

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Manuel Kiper, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Gila Altmann (Aurich), Matthias Berninger, Antje Hermenau, Dr. Angelika Köster-Loßack, Rezzo Schlauch, Albert Schmidt (Hitzhofen), Helmut Wilhelm (Amberg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ökologie der Informationsgesellschaft (I): Telearbeit

Das Statistische Bundesamt hat errechnet, daß die Bundesrepublik Deutschland in 81 Jahren vollständig zubetoniert sein wird, wenn auch in der verbleibenden Zeit weitergebaut wird wie bisher. Der motorisierte Individualverkehr wird auf der Basis des geltenden Bundesverkehrswegeplanes bis zum Jahr 2010 hierzulande um weitere 30 % anschwellen, was das Erreichen der nationalen Klimaschutzziele in weite Ferne rückt. Die Bundesregierung will dem Eintreten dieser Szenarien jetzt durch den verstärkten Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien entgegenwirken. In diesem Zusammenhang setzt die Regierung auch auf die Anwendung der Telearbeit. Diese ist gleichermaßen Ergebnis wie Voraussetzung zweier wirkmächtiger Trends der Gegenwart: der Entwicklung zur Informations- bzw. zur Wissensgesellschaft auf der einen Seite, aber auch zur weltweiten ökonomischen Verflechtung, sprich Globalisierung, andererseits. Dennoch soll die Telearbeit nach Darstellung der Bundesregierung nicht nur „Verkehr und damit Abgase, sondern auch Büroflächen“ sparen. Multimedia meets sustainable development?

Seit ungefähr dreißig Jahren beflogt die Telearbeit bereits die Phantasie der Zukunftspropheten. Exemplarisch ist die Prognose des „Megatrends“-Autors John Naisbitt: „Das neue elektronische Herzland wird von Menschen bevölkert sein, die in ihrer Arbeit nicht an einen bestimmten Ort gebunden sind . . . Menschen, die ihre Arbeit überall tun können und die sie in einer Umgebung tun können, die ihnen zusagt . . . Wir werden uns nicht mehr in Städten oder Vorstädten zusammendrängen, wie wir das noch im Industriezeitalter getan haben.“ (John Naisbitt: „Megatrends 2000“, Düsseldorf – Wien – New York 1990, S. 385). Doch die Entwicklung der Raumordnung in Deutschland zeigt, daß schon das immanente Dezentralisierungspotential früherer technischer Innovationen, wie der Dampfkraft, der Elektrizität, des Autos oder des Telefons, nicht realisiert wurde. Ganz im Gegenteil: Obwohl jede der genannten Neuerungen geeignet gewesen wäre, die Standortstärke der urbanen Zentren zugunsten der Fläche zu er-

schüttern, wuchsen sich die großen Städte zu Metropolen aus, um deren Kern sich Ballungsräume ausbildeten.

Telekommunikation erhöht außerdem das menschliche Aktivitätsniveau. Elektronischer Verkehr ersetzt so möglicherweise keinen physischen Verkehr, sondern ergänzt ihn nur. Von noch gravierenderer Konsequenz ist aber die Tatsache, daß Telearbeit und ökonomisches (Out-)Sourcing zwei Seiten derselben Medaille sind. Die schlanke Fabrik verlagert die Güter buchstäblich auf die Straße, das schlanke Büro schickt die „Bürokraten“ nach Hause, was vielfach auch heißt: auf die Straße. Mobile Büros werden so für manche Branchen zur Regel werden. Gerade Wirtschaftsbeziehungen dieser Art sind aber maßgeblich verantwortlich für das weitere Anwachsen der regionalen, nationalen und globalen Verkehrsströme.

Ausschlaggebend für die noch zu erstellende Ökobilanz der Telearbeit wird aber ihr reales Potential sein. Über die Höhe der Zahl der Telearbeiter herrscht jedoch hierzulande weiterhin Verwirrung. Während ein Expertengremium der Bundesregierung (Innovationsrat) von 800 000 „Teleworkern“ im Jahr 2000 ausgeht, hat ein anderer Beraterstab (Petersberg-Kreis des Bundeswirtschaftsministeriums) aktuell nur 3 000 bereits existierende Telearbeitsplätze zählen können. Auf jeden Fall konnte bis heute der Verdacht nicht entkräftet werden, daß es in Deutschland mehr Studien über Telearbeit als Telearbeiter selbst gibt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Telearbeitsformen unterscheidet die Bundesregierung (bitte bei den Antworten zu den nachfolgenden Fragen nach den einzelnen Telearbeitsformen differenzieren)?
2. Wie viele Telearbeitsplätze gibt es nach Einschätzung der Bundesregierung z. Z. in der Bundesrepublik Deutschland?
3. Wie viele Telearbeitsplätze wird es in Zukunft hierzulande nach Auffassung der Bundesregierung geben (2000, 2005, 2010, 2020, 2050)?
4. Auf welche (empirische) Grundlage stützt die Bundesregierung ihre zu den Fragen 2 und 3 gegebenen Schätzungen bzw. Prognosen?
5. Wie lauten die Antworten auf die Fragen 1 und 2 für die USA, die EU-Staaten (vor allem Großbritannien) und Japan?
6. Wie erklärt die Bundesregierung das unterschiedlich hohe Telearbeitsvolumen in vergleichbaren Industriestaaten?
Warum ist die Telearbeit in Deutschland bis heute unterentwickelt?
7. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen, um das Telearbeitsvolumen hierzulande auszuweiten?
Welche Erfolge hat die Bundesregierung dabei erzielt?
Welche weiteren Planungen existieren in dieser Hinsicht?

8. Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Behörden über die Umweltwirkungen der Telearbeit vor?
Wie bewertet die Bundesregierung diese Erkenntnisse?
9. Welche Forschungsvorhaben hat die Bundesregierung selbst initiiert, um zu einer Ökobilanz der Telearbeit zu gelangen?
Zu welchen Resultaten haben diese Projekte geführt?
10. Welche Konsequenzen wird die weltweite Verbreitung der Telearbeit nach Meinung der Bundesregierung für die globale Raumordnung, insbesondere für das Nord-Süd-Verhältnis, in Zukunft haben?
11. Welche Auswirkungen wird die Telearbeit aus der Sicht der Bundesregierung auf die nationale Raumordnung haben?
12. Wie will die Bundesregierung im Falle einer Ausweitung des Telearbeitsvolumens in Deutschland von Wissenschaftlern prognostizierte negative Begleiterscheinungen, wie weitere Suburbanisierung, „Ausfransen“ der Oberzentren, zusätzliche Zersiedelung der Landschaft und eine „schrumpfende unbebaute Fläche ohne wirkliche Trennfunktion“, verhindern?
13. Welche Bedeutung hätten nach Meinung der Bundesregierung in diesem Kontext die Reduzierung der Kilometerpauschale sowie ihre Umwandlung in eine allgemeine Entfernungspauschale?
14. Welche Auswirkungen hat die Telearbeit nach Auffassung der Bundesregierung heute und in Zukunft auf das globale Verkehrsgeschehen?
15. Welche Folgen hat die Telearbeit nach Ansicht der Bundesregierung heute und in Zukunft auf den motorisierten Individualverkehr in Deutschland?
16. Warum werden „Datenautobahn“ und transeuropäische (Autobahn-)Netze gegenwärtig parallel ausgebaut, wenn den IuK-Techniken massives Substitutionspotential für den motorisierten Individualverkehr unterstellt wird?
17. Wie will die Bundesregierung im Falle einer Expansion der Telearbeit hierzulande deren Konsequenzen für den Öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere den Schienenverkehr (Ablösung klassischer Wegemuster zugunsten tangentialer Wegstrecken zwischen den Vororten), infrastrukturell und finanziell (weitere Erhöhung der Defizite des ÖPNV) begreifen?
18. In welcher Weise wird sich die Telearbeit aus der Sicht der Bundesregierung auf den Büroflächenbedarf auswirken?
Welche Bedeutung kommt der Telearbeit angesichts bereits heute vorhandener, zunehmender Büroleerstände zu („Geisterstädte der Bürokratie“)?
19. In welcher Weise wird sich die Telearbeit aus der Sicht der Bundesregierung auf den Wohnflächenbedarf auswirken?

20. Wie ist die Telearbeit bauplanungsrechtlich einzuordnen?

21. Wie sieht für die Bundesregierung die Gesamtökobilanz der Telearbeit aus?

Welchen Mehrbedarf an Bürogeräten durch alternierende Telearbeit (Personal Computer mit Zubehör, Möbel) prognostiziert die Bundesregierung?

Wie wird sich aus ihrer Sicht das Aufkommen an Elektro- nikschratt dadurch entwickeln?

Wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der skeptischen Studie von Rainer Grießham- mer (Öko-Institut) zur Telearbeit von Beginn dieses Jahres?

22. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß die Zukunft der Telearbeit in Deutschland maßgeblich davon abhängen wird, ob die Telekommunikationskosten zu Lasten der Energiepreise sinken werden?

Wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung?

Bonn, den 28. August 1997

Dr. Manuel Kiper

Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)

Gila Altmann (Aurich)

Matthias Berninger

Antje Hermenau

Dr. Angelika Köster-Loßack

Rezzo Schlauch

Albert Schmidt (Hitzhofen)

Helmut Wilhelm (Amberg)

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion